

Sessionsbericht Januar-Session 2011 vom 24.01.2011 – 02.02.2011

Das Sessionsprogramm war wenig befrachtet und geprägt von zahlreichen Geschäften, welche aus der November-Session 2010 verschoben worden waren.

Motion „Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Auslandschweizer auf Gemeindeebene“

Tromp (BDP, Bern)

Der Motionär verlangt, dass die ca. 12'500 Auslandschweizer- und schweizerinnen nicht nur in kantonalen, sondern auch in kommunalen Abstimmungen mitreden dürfen. Das Anliegen war quer durch alle Fraktionen nicht unumstritten, da es viele offene Fragen gibt, wie z.B. die Gemeindeversammlungen, an denen man persönlich anwesend sein muss, etc. Der Vorstoss wurde auch als unnötig und teuer bezeichnet. Er wurde schliesslich unter anderem dank Druck der FDP nur in der unverbindlichen Form des Postulats überwiesen.

Sozialhilfegesetz 2. Lesung

Die Verpflichtung, beim Gesuch um Sozialhilfe eine Vollmacht unterschreiben zu müssen, war in der 1. Lesung noch heftig umstritten. Aufgrund von Anträgen aus der FDP (Müller, Bern) und aus der SVP ging die Kommission nochmals über die Bücher, mit dem Resultat, dass der Grosse Rat in der 2. Lesung dieser Bestimmung mit 137 zu 4 Stimmen klar zustimmte und das Gesetz verabschiedete. Der Datenverkehr zwischen Behörden basiert nun endlich auf einer klaren gesetzlichen Grundlage. Die FDP war in der Missbrauchsbekämpfung federführend. Die Teilrevision ist aus Sicht der FDP ein gelungener Teilerfolg. Zu berücksichtigen ist, dass im Rahmen des FILAG der Einsatz der Sozialsinspektoren gesetzlich verankert wird.

Motion „Externe Kinderbetreuung: gleich lange Spiesse für KMU's und Staatsbetriebe“

Müller (FDP, Bern) Der Motionär verlangt, dass Gemeinden zukünftig auch subjektfinanzierte Kindertagesstätten mitfinanzieren müssen: Eltern sollen Betreuungsgutscheine erhalten, mit welchen sie Kindertagesstätte frei wählen können. «Die Betreuungsgutscheine bringen Wahlfreiheit und Wettbewerb», sagte Philippe Müller (FDP). Mit 92 zu 52 Stimmen bei 6 Enthaltungen überwies der Grosse Rat diesen Vorstoss als verbindliche Motion, die aber in der Debatte von der linken Ratsseite und vom Gesundheitsdirektor heftig bestritten war. Da diese Lösung für den Kanton kostenneutral ist, konnte die FDP auch die BDP und die SVP mit ins Boot nehmen.

Motion „Perimeterbereinigung im Zusammenhang mit der Einführung der Regionalkonferenz Emmental“

Leuenberger (Trubschachen, BDP)

Die drei Gemeinden Bätterkinden, Hindelbank und Krauchthal sollen ab 2011 an der Kulturförderung Emmental teilnehmen können. Was so harmlos tönt, ist mit handfesten finanziellen Interessen verbunden. Weil die Regierung mit dem neuen Kulturförderungsgesetz arg im Verzug ist, muss sie nun die ca. Fr. 400'000.- übernehmen, die durch den Wegfall der 3 Gemeinden bei der Kulturkonferenz Mittelland anfallen. Dies entschied der Rat mit 84 zu 24 Stimmen bei 26 Enthaltungen. Die FDP hat mehrheitlich gegen diese Hauckrück-Übung gestimmt, weil nun aus dem Raum Seeland mit Nachzüglern zu rechnen ist...

Motion „Einzonungsvoraussetzung 80/20 ist nicht umsetzbar“

Knutti (Weissenburg) (SVP) Der Motionär wollte die Regel, dass 80% der Neueinzonungen mit dem ÖV erschlossen sein müssen, kippen. Dies wurde am Beispiel des Diemtigtals dargestellt, welches sich gemäss den Ausführungen des Motionärs nicht mehr entwickeln kann.

Die Forderung des Motionärs steht im Widerspruch zu den Forderungen des Bundes, welcher eine weitere Verschärfung der Einzonungsvoraussetzungen verlangt. Die SVP sah sich auch mit dem Vorwurf konfrontiert, dass sie noch in der letzten Session verlangt hatte, dass keine Fruchfolgeflächen mehr eingezont werden und sie jetzt mit einer komplett gegensätzlichen Forderung daherkomme. Schliesslich überwies der Rat mit 106 zu 37 Stimmen den Vorstoss in der Form des unverbindlichen Postulats mit der Empfehlung, dass die Regierung wie bisher Ausnahmen flexibel handhaben soll. Die FDP hatte klar signalisiert, dass sie nur ein Postulat unterstützt.

Motion „Aufteilung des Verwaltungskreises Bern-Mittelland analog den Wahlkreisen“

Müller Moritz (SVP, Bowil)

Die Forderung des Motionärs zielt darauf ab, den Verwaltungskreis Bern-Mittelland aufzuteilen. Es wird argumentiert, dass dieser Verwaltungskreis mit 386'000 Einwohnern grösser sei als mancher Kanton und ca. 40% der Kantonsbevölkerung entspreche. Das Gebilde sei zu gross, zu schwerfällig und zu ineffizient.

Der Vorstoss wurde mit Unterstützung der FDP in der Form des Postulats mit 101 zu 33 Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Prüfung an die Regierung überwiesen.

Wassernutzungsgesetz (WNG) (Änderung) 2. Lesung

Dekret über die Wassernutzungsabgaben (WAD) (Änderung)

Mit dem neuen Gesetz werden die Konzessionsverfahren vereinfacht und die Modernisierung der Wasserkraftanlagen erleichtert. Nachdem in der 1. Lesung die kritischen Punkte hatten bereinigt werden können, verabschiedete der Rat das Gesetz mit 96 zu 0 Stimmen.

Auch das Dekret über die Wassernutzungsabgaben wurde mit 119 zu 4 Stimmen durchgewunken.

Den Antrag Ruchti (SVP) auf Senkung des Wasserzinses für Gebrauchswassernutzung lehnte der Rat wie die FDP mit 84 zu 50 Stimmen ab.

5 Interpellationen zum KKW Mühleberg

Die linke Ratsseite nutzte das Mittel der Interpellation, um kurz vor der Volksabstimmung nochmals eine Atomdebatte loszutreten. Neue Argumente waren keine zu hören, die Länge der Debatte war indirekt proportional zum Ergebnis. Das einzig Neue in der Debatte war die Einladung von FDP-Kantonalpräsident Peter Flück an alle Fraktionen und die Regierung zu einem runden Tisch zur Energiepolitik, welche durchwegs positiv aufgenommen wurde. Die Ereignisse in Japan haben jedoch die AKW-Debatte vollkommen neu lanciert und dynamisiert. Es könnte sein, dass der Idee des „Runden Tisches“ noch viel wichtiger ist als vielleicht bei der Initiierung angedacht.... Ein Ausstiegsszenario ist jedenfalls nur dann möglich, wenn Rot-/Grün bei den grossen Wasserkraftinvestitionen ein Entgegenkommen signalisiert.

Diverse Motionen zum Thema „Schutz von Kindern vor Pädophilen im Internet“

Die Voraussetzungen für die verdeckte Ermittlung waren bis 31.12.2010 im Bundesgesetz über die verdeckte Ermittlung und in den kantonalen Strafprozessordnungen geregelt. Diese Rechtsgrundlagen wurden per 1.1.2011 durch die neue Bundesstrafprozessordnung (StPO) ersetzt. Die neue StPO sieht „präventive“ verdeckte Ermittlungen nicht mehr vor. Damit hat sich hier eine Gesetzeslücke aufgetan, welche der Polizeidirektor mit einer vorgezogenen Revision des Polizeigesetzes rasch schliessen will. Die umfassendere Revision des Polizeigesetzes soll wie geplant später erfolgen.

Das Geschäft war in allen Fraktionen unbestritten.

Motion „Drogenhanf rascher vernichten“ Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)

Die Polizeiorgane können auf Grund der gesetzlichen Vorgaben bei Hanfanbauflächen nicht einschreiten, sondern müssen den Beweis erbringen, dass die Ernte als Drogenhanf verkauft werden soll, was ja in der Regel kaum möglich ist. In der Vergangenheit ist es rund um die Hanffelder zu unschönen Zwischenfällen gekommen wie Hanfdiebstahl und Schiessereien.

Der Rat überwies die Motion mit 70 JA zu 60 NEIN und setzte damit ein Zeichen für eine rasche Lösung und griffige Instrumente für die Polizei. Die FDP hat sich hier entgegen dem Antrag des Regierungsrats für eine Motion eingesetzt. Es wurde lange diskutiert, so dass dieses Zeichen notwendig ist.

Motionen „Schluss mit Koma-Saufen / zentrale Ausnüchterungsstelle“ Geissbühler Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) und Löffel (Münchenbuchsee, EVP)

Die Forderung, dass die Ausnüchterungskosten durch die Verursacher selber getragen werden und nicht via Spitäler auf die Krankenkassen abgeschoben werden sollen, war im Rat unbestritten (108 JA zu 3 NEIN).

Mehr zu reden gab die Forderung nach einer durch die POM zu betreibenden zentralen Ausnüchterungsstelle ZAS. Die Motionen fordern, dass Komasaüfer in Zukunft in einer ZAS „behandelt“ werden und nicht länger die Notfallstationen der Spitäler belasten. Die Betreuungskosten von ca. Fr. 1'000 pro Fall und allfällige weitere dem Verursacher zuzuweisende Kosten sollen den Komasaüfern angelastet werden. Der Grundsatz war weitgehend unbestritten, nicht so aber der Weg zum Ziel.

Die FDP setzte sich für ein Postulat ein, um der POM mehr Freiheit zu lassen für das Finden der zweckmässigen Lösung. Der Rat überwies die Motion gegen den Willen der Regierung und der FDP jedoch klar mit 92 zu 46 Stimmen. Es ist festzuhalten, dass die Motionäre eine gute Absicht verfolgen. Die Kostenfolgen sind jedoch beträchtlich.

Motion „Die ID soll bei der Gemeinde beantragt werden können“ Knutti (Weissenburg, SVP)

Der Motionär fordert, dass die ID – wie zu Zeiten vor der Verwaltungsreform – wieder bei den Gemeinden beantragt werden könnten. Als Gründe werden die oft langen Anfahrtswege zu den Zentren und die angeblich langen Wartezeiten aufgeführt.

Nach anfänglichen Problemen haben sich die Prozesse seither gut eingespielt, es gibt kaum noch Wartezeiten. Der Rat wollte das Rad nicht zurückdrehen und versenkte die Forderung klar mit 87 zu 45 Stimmen. Die FDP stimmte geschlossen gegen die Motion. Es zeigt sich, dass die SVP zwar in der Finanzpolitik immer sehr „steil“ auftritt. Sie hat dann jedoch stark Mühe, wenn dies eben zu einem Infrastrukturabbau in ländlichen Regionen führt.

Motion „Attraktivitätssteigerung in Tourismuszonen durch verlängerte Ladenöffnungszeiten“ Tromp (Bern, BDP)

Die Motion fordert, dass das kantonale Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG) so zu ergänzen sei, dass „in echten Tourismuszonen, wie (z.B.) der Altstadt von Bern, tägliche bzw. verlängerte Ladenöffnungszeiten“ möglich sind. Dem Motionär geht es darum, dass Gemeinden zusammen mit dem Kanton solche Zonen ausscheiden könnten, die Gesetzesänderung soll nicht nur auf die Stadt Bern beschränkt sein.

Der Vorstoss war namentlich aus der linken und gewerkschaftlichen Ratsseite heftig bestritten, die Argumente waren die gleichen wie bei früheren Vorstössen zu Änderungen der Ladenöffnungszeiten.

Der Rat stimmte dem Vorstoss mit 76 Ja zu 65 Nein bei 3 Enthaltungen zu. Die Umsetzung wird schwierig werden, da hier auch eidgenössische Regelwerke hineinspielen (Tourismusgesetz, Arbeitsrecht). Die FDP stimmte geschlossen JA. Etwas Flexibilität kann wohl nicht schaden.

Zuvor hatte Erich Hess seine (aussichtslose) Motion zur generellen Abschaffung der Bestimmungen über die Ladenöffnungszeiten zurückgezogen.

Motion „Agroscope Liebefeld darf kein Opfer für die Hauptstadtregion werden“ Freiburghaus (Rosshäusern, SVP)

Der Motion wollte die Regierung verpflichten „alles zu unternehmen, damit der Wegzug der Agroscope Liebefeld verhindert werden kann“. Auslöser für die Motion waren Vorstösse der Freiburger Regierung, die Forschungsanstalten am Standort Posieux zu zentralisieren.

Obwohl viele sachliche Argumente gegen ein solches Vorgehen sprachen, setzte sich die Bauern-Lobby – in einer Allianz mit SP, BDP, EVP und EDU – durch. Der Rat überwies die Motion mit 97 JA zu 42 NEIN bei 16 Enthaltungen, dies obwohl Regierungsrat Rickenbacher informieren konnte, dass sich der

Bundesrat schriftlich geäussert hat, dass er Liebefeld zu einem Zentrum der Bundesverwaltung ausbauen will. Aus Sicht der FDP kann hier zu dieser Abstimmung nur der Kopf geschüttelt werden....

Projekt Filag 2010, 2. Lesung

Mit der Filag-Reform sollen die Mittel im Finanzausgleich in Zukunft „gerechter“ verteilt werden.

In der ersten Lesung hatte der Grosse Rat beim Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden den Mindestsatz des sog. Disparitätenabbaus von 35 auf 37 Prozent (zu Gunsten der eher finanzschwachen Gemeinden) erhöht.

Der Disparitätenabbau blieb trotz teilweise berechtigter Kritik aus den finanzstarken Agglomerationsgemeinden im Rat unbestritten. Offenbar hatte keine Fraktion mehr Lust an diesem komplizierten Finanzausgleichsmechanismus „herumzuschrauben“. Im Rahmen der 2. Lesung wurde das „Bonus/Malus“-System bei den Sozialdiensten bestätigt.

Verschiedene Motionen zum Thema „Schluss mit Überzeit“ „Nicht bezogene Ferien“ „Verhältnismässigkeit bei Abgangsentschädigungen“

Nachdem 2009 und 2010 teure Abgänge in der Verwaltung für Schlagzeilen und Empörung gesorgt hatten, konnte nach den Untersuchungen der OAK im Rat sachlich über die Lösung des Problems beraten werden. Einigkeit besteht darin, dass die kantonalen Kaderangestellten künftig keine Überstunden mehr aufschreiben dürfen, sie aber andererseits besser entlohnt werden sollen.

Dass damit automatisch auch die Löhne der Regierungsräte erhöht würden, hat bereits Opposition hervorgerufen. Der Rat überwies verschiedene Vorstösse, wonach die Regierung folgendes prüfen muss: keine Treueprämien mehr für Regierungsmitglieder, Beschränkung in der Frage der Abgangsentschädigungen und Überprüfung der Löhne des Gefängnispersonals. Dass die entstandenen Probleme durch Führungsmängel ausgelöst wurden, dürfte mit keinem Gesetz geregelt werden können.

Motion „Revision der Steuergesetzgebung – Auswirkungen auf die Gmeinden“ Hess (Stettlen) (BDP)

Wenn der Grosse Rat im Steuergesetz Tarife und Abzüge ändert, sind die Gemeinden immer mit betroffen.

Ihre Steuereinnahmen verändern sich ebenfalls. Der Motionär schlägt einen Automatismus vor, der die Gemeinden bei künftigen kantonalen Steuersenkungen durch entsprechende Steuererhöhungen schadlos halten würde. Der Rat überwies den Vorstoss als Postulat knapp mit 73 zu 61 Stimmen. Für die FDP bekämpfte Fraktionspräsident Adrian Kneubühler diesen Automatismus, der je nach Situation zu unschönen Verzerrungen führen könnte. Die Gemeindelobby war stärker

Verantwortlich für den Sessionsbericht

Hans Baumberger (1. Fraktionsvizepräsident, Langenthal)

Adrian Kneubühler (Fraktionspräsident, Nidau)